

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Hans-Joachim Hacker, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/9158 –

Sicherheit auf Kreuzfahrtschiffen verbessern

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, die geltenden Sicherheitsbestimmungen ständig auf ihre Aktualität hin zu überprüfen und Möglichkeiten, den Schutz und die Sicherheit für Passagiere mit Behinderung in Gefahrensituationen zu gewährleisten, zu prüfen. Zudem fordern die Antragsteller in ihrem Antrag unter anderem, Maßnahmen im Hinblick auf die Optimierung der Information der Reisenden, im Bereich der Personalqualifikation, im Bereich der Gefahrenvermeidung und im Hinblick auf Evakuierungssimulationen zu ergreifen sowie die Ausbildung im maritimen Bereich zu fördern und den Entwurf eines neuen Seearbeitsgesetzes vorzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/9158 abzulehnen.

Berlin, den 30. August 2012

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Torsten Staffeldt
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Torsten Staffeldt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/9158** in seiner 172. Sitzung am 29. März 2012 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet unter anderem, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die geltenden Sicherheitsbestimmungen ständig auf ihre Aktualität hin zu überprüfen und Möglichkeiten, den Schutz und die Sicherheit für Passagiere mit Behinderung in Gefahrensituationen zu gewährleisten, zu prüfen. Zudem fordern die Antragsteller in ihrem Antrag unter anderem, Maßnahmen im Hinblick auf die Optimierung der Information der Reisenden, im Bereich der Personalqualifikation, im Bereich der Gefahrenvermeidung und im Hinblick auf Evakuierungssimulationen zu ergreifen sowie die Ausbildung im maritimen Bereich zu fördern und den Entwurf eines neuen Seearbeitsgesetzes vorzulegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/9158 in seiner 68. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der

Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 103. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 23. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 23. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Berlin, den 30. August 2012

Torsten Staffeldt

Berichterstatter

